

INSM-Frühstücksdialog, 20. November 2014

Vorstellung der Kurzstudie „Bildungsverlierer“

Statement

Wolfgang Clement
Vorsitzender des Kuratoriums
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es gibt auf der Welt wohl nicht sehr viele Bildungssysteme, mit denen und an denen so viel experimentiert worden ist und weiterhin wird wie hierzulande an unserem föderalen Bildungssystem. Kaum, dass eine neu gewählte Landesregierung ihre Amtsgeschäfte aufnimmt, werden in der Regel mehr oder weniger weit reichende Reformen der Bildungslandschaft angekündigt – zumeist nicht abgestimmt mit der Bildungspolitik anderer Bundesländer –, und zu allem Überfluss bleiben nicht selten nennenswerte Verbesserungen aus.

Dies hat sicher damit zu tun, dass im Bildungsbereich in den letzten Jahren an zu vielen und gelegentlich auch „an den falschen Schrauben“ gedreht wurde. Professor Plünnecke hat mit seinem INSM-Bildungsmonitor in Gänze „unterm Strich“ zwar einige Fortschritte seit dem Pisa-Schock von 2001 festgestellt, aber – um es deutlich zu sagen: Da ist noch sehr viel verbesserungsbedürftig!

Was uns in der INSM – aber nicht nur uns – weiterhin große Sorgen bereitet, das ist,

- dass immer noch zu wenige junge Menschen den Aufstieg – z. B. von einer in die andere Schulform – schaffen und selten einen höheren Bildungsstand als ihre Eltern erreichen: es mangelt vor allem anderen an Durchlässigkeit;
- dass zu viele Jugendliche die allgemeinbildende Schule ohne jeden Abschluss verlassen – nämlich fast sechs Prozent der Schüler –, und dass in einem Land wie NRW 3,4 Prozent der Schülerinnen und Schüler auch dauerhaft ohne Schulabschluss bleiben, also von den vorhandenen Nachbildungsangeboten keinen Gebrauch machen;
- dass zu viele Jugendliche ihre dualen Ausbildungen oder ihr Studium abbrechen und dass (im Jahr 2012) unter den 20- bis 29-Jährigen immer noch 13,2 Prozent, also rund 1,3 Millionen, ohne berufsqualifizierenden Abschluss waren; im Saarland, in Bremen und NRW waren es mit 18,4, 18,1 bzw. 17,4 Prozent die meisten, während Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern in dieser Reihenfolge durchweg unter zehn Prozent blieben;
- dass die Bundesregierung bei ihrem selbstgesteckten Investitionsziel für Bildung nicht sehr vorankommt – und damit im OECD-Vergleich auf Platz 23 rangiert.

An diesen Zahlen und Daten wird die aus unserer Sicht schwerwiegendste Problematik deutlich, nämlich die der sogenannten „Bildungsverlierer“. Denn die Schulabbrecher bzw. diejenigen, die heute das Bildungssystem ohne einen berufsqualifizierenden Abschluss verlassen, sie sind – wie wir wissen – die Langzeitarbeitslosen von morgen.

Weil diese Problematik seit Langem bekannt ist, sich aber in den letzten Jahren zu wenig getan hat, hat die INSM Professor Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft gebeten, eine Kurzstudie zu erstellen, welches zum einen eine Bestandsaufnahme der Problematik ist, die wir unter dem Begriff „Bildungsverlierer“ zusammenfassen, zum anderen aber auch Hinweise und Handlungsempfehlungen gibt, wie man diesem Kernproblem besser begegnen kann.

Die zentralen Befunde sind,

- dass zum Ersten der familiäre Hintergrund in Deutschland immer noch sehr stark über die Bildungskarriere der Kinder bestimmt, wobei interessant sein mag, dass nicht in erster Linie die materielle Ausstattung, sondern der Bildungsgrad der Eltern sich signifikant auf die Ergebnisse auswirkt, die die Kinder erreichen. Kurz gesagt: Der Bildungsabschluss der Eltern scheint für die Bildungswege der Kinder wichtiger als der Kontostand.
- und dass zum Zweiten auch bei vorhandenem Schulabschluss immer noch jede/r Achte ohne einen berufsqualifizierenden Abschluss bleibt. Dies lässt Rückschlüsse auf die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen zu, wobei es dieses Problem offenbar nicht nur im Bereich der Hauptschüler zu geben scheint.

Die Feststellung der Probleme ist die eine Seite der Medaille, die Lösung eine andere.

Ganz offensichtlich erfüllt unser föderales Bildungssystem seine Aufgaben bis heute nicht zureichend. Deshalb ist es notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir gerade als ein Land in tiefreichendem demografischen Wandel eine erhebliche Verstärkung der Investitionen vor allem in die frühkindliche Bildung, aber ganz generell auch in unsere Schulen sowie in die Hochschulen brauchen.

Um nur auf das Nötigste aufmerksam zu machen: Aus unserer Sicht ist die frühestmögliche Erziehung und Bildung von Kindern und dazu gehörig eine intensive Sprachförderung der wichtigste Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit. Die frühkindliche Bildung braucht deshalb erheblich

mehr Aufmerksamkeit und natürlich auch mehr Investitionen. Das Angebot an Ganztagschulen in Deutschland ist zu gering, die Schulklassen sind in der Regel zu groß, idealerweise sollten sie nicht mehr als 20 Schülerinnen und Schüler umfassen. An allen Schulen werden professionelle Berufsberater benötigt. Unseren Schulen sollte generell mehr Eigenverantwortung, mehr Selbstständigkeit eingeräumt werden. Denn Schulautonomie, verbunden mit hoher Transparenz, zum Beispiel in Form einer regelmäßigen Rechenschaftslegung, führt zu höheren Bildungsergebnissen bei Schülern.

Gute Bildung kostet Geld. Abgesehen davon, dass die Bundesregierung ihr selbstgestecktes Investitionsziel für Bildung und Forschung (-> zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015) vermutlich nicht erreichen wird, und dies u. a. deshalb, weil sie sich offensichtlich scheut, vorhandene sonstige Programme – etwa die Vielzahl der Programme im Bereich der Familienförderung – einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, könnten Bildungsinvestitionen deutlich sinnvoller verteilt werden. Denn während mehr Geld in frühkindliche Bildung und in Schulen investiert werden muss, bleiben wir dabei, dass Studiengebühren einen nicht unwichtigen Pfeiler der Bildungsfinanzierung ausmachen könnten. Sie helfen, die Studienbedingungen zu verbessern und damit auch die Chancen der Hochschulabsolventen im späteren Berufsleben. Die Hochschulrektoren fordern u. E. zu Recht die Wiedereinführung der Studiengebühren. Wann und wie diese bezahlt werden, ohne jemanden aus finanziellen Gründen vom Studium fernzuhalten, lässt sich – wie die Erfahrung zeigt – regeln. Das Gebot der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit gebietet es, hier nicht lockerzulassen.

Die detaillierten Ergebnisse der Studie wird Ihnen nun Prof. Dr. Axel Plünnecke erläutern.